

Offener Brief von Abgeordneten aus Europa: Menschenrechte in Peru schützen – Politische Krise friedlich lösen

Wir, Abgeordnete nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien, Belgien, Portugal, Dänemark, Norwegen, Irland, Schweiz und Lettland, sind angesichts der Berichte über die gewaltsame Repression, willkürliche Tötungen und Verhaftungen, über Folter sowie das Verschwindenlassen von Protestierenden in großer Sorge um die Menschenrechte in Peru.

Am 7. Dezember 2022 stimmte der Peruanische Kongress für die Amtsenthebung des Präsidenten Pedro Castillo, nachdem dieser angekündigt hatte, den Kongress auflösen zu wollen. Seit seiner Festnahme an diesem Tag befindet sich Pedro Castillo wegen des Verdachts der Rebellion und Verschwörung in Untersuchungshaft. Infolgedessen kam es zu massiven landesweiten Protesten gegen die „Übergangsregierung“ von Dina Boluarte. Die Demonstranten setzen sich für Neuwahlen und eine verfassungsgebende Versammlung ein.

Seit Beginn der Proteste ist es peruanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen zufolge zu exzessiver Gewalt gegen die Protestierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen seitens der peruanischen Sicherheitskräfte gekommen. Laut der peruanischen Ombudsstelle starben in den ersten drei Monaten im Zusammenhang mit den Protesten 66 Menschen, Tausende wurden verletzt. Davon sind der peruanischen Nationalen Koordination für Menschenrechte (National Coordinator for Human Rights, CND-DHH) zufolge alleine in den ersten 50 Tagen 46 Personen durch unmittelbaren Gewalteinsatz von Polizei und Militär ums Leben gekommen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat den wiederholten rechtswidrigen Einsatz tödlicher Waffen gegen Zivilpersonen, insbesondere Angehörige der indigenen und kleinbäuerlichen Bevölkerung, sowie in mehreren Fällen die mutmaßlich vorsätzliche Tötung durch Schüsse in die Brust, den Oberkörper oder den Kopf dokumentiert.

Wir fordern die „Übergangsregierung“ von Dina Boluarte auf, sämtliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zu stoppen, das Recht auf friedlichen und sozialen Protest zu garantieren, die Kriminalisierung und Stigmatisierung der Demonstranten zu beenden sowie unabhängige Aufklärung und Strafverfolgung der Menschenrechtsverbrechen unter Unterstützung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zu ermöglichen.

Wir schließen uns dem Appell von UN-Experten, darunter der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung (Special Rapporteur on the right to peaceful assembly and association) und der UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen (Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions), für eine friedliche und demokratische Lösung der politischen Krise unter Berücksichtigung der Forderungen der Protestierenden an.

Wir setzen uns nachdrücklich für die Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien und Verfahren sowie die Garantie der Menschenrechte im Prozess gegen den abgesetzten Präsidenten Pedro Castillo ein. Dazu zählen das Recht auf eine faire und öffentliche Verhandlung durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht, effektiver Beistand durch und Zugang zu seinen Rechtsanwälten. Wir sorgen uns um die Gesundheit und das Leben von Pedro Castillo und fordern seine Haftentlassung aus humanitären, gesundheitlichen Gründen.

Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Sevim Dagdelen, Deutschland
Diane Abbott, Großbritannien
Ali Al-Dailami, Deutschland
Ségolène Amiot, Frankreich
Laura Boldrini, Italien
Marc Johan Botenga, Europaparlament (Belgien)
Richard Burgon, Großbritannien
Laura Castel Fort, Spanien
Clare Daly, Europaparlament (Irland)
Özlem Demirel, Europaparlament (Deutschland)
Anke Domscheit-Berg, Deutschland
Pelle Dragsted, Dänemark
Emmanuel Fernandes, Frankreich
Andrej Hunko, Deutschland
Gesine Löttsch, Deutschland
John McDonnell, Großbritannien
Ana Miranda, Europaparlament (Spanien)
Fabian Molina, Schweiz
Bjørnar Moxnes, Norwegen
Zaklin Nastic, Deutschland
Bertrand Pancher, Frankreich
Sandra Pereira, Europaparlament (Portugal)
Manu Pineda, Europaparlament (Spanien)
Thomas Pringle, Irland
Jordi Solé, Europaparlament (Spanien)
Ersilia Soudais, Frankreich
Kathrin Vogler, Deutschland
Mick Wallace, Europaparlament (Irland)
Claudia Webbe, Großbritannien
Tatjana Ždanoka, Europaparlament (Lettland)

Pressekontakt:

MdB Sevim Dagdelen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: sevim.dagdelen@bundestag.de
Telefon: +49 (0)30 227 71352